

Der US-Journalist Rick Rozoff klagt an: Deutschland, Italien und Japan, die Achsenmächte des Zweiten Weltkriegs, beteiligen sich wieder an Angriffskriegen, obwohl ihre Verfassungen das verbieten.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 181/09 – 24.08.09

Italien, Deutschland und Japan: Die ehemaligen Achsenmächte des Zweiten Weltkriegs bauen das Verbot von "Kriegsvorbereitungen" ab

Von Rick Rozoff, Stop NATO
GLOBAL RESEARCH, 13.08.09

(<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=14754>)

Nach einer Pressemeldung vom 10. August plant die italienische Regierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der (*italienischen*) Verfassung festgeschriebene Begrenzung offensiver Militäroperationen zu modifizieren, wenn nicht sogar aufzuheben; damit würde ein seit 61 Jahren bestehendes Verbot beseitigt, das die Beteiligung an (*Angriffs-*)Kriegen untersagt.

Diese Nachricht erinnerte die Leser daran, dass "nach dem Zweiten Weltkrieg in der italienischen Verfassung einem (*erneuten*) militärischen Engagement des Landes enge Grenzen gesetzt wurden". Diese Begrenzungen will die italienische Regierung mit einem neuen Militärgesetz "speziell für Auslandseinsätze" unterlaufen; mit zweideutigen Formulierungen und Taschenspielertricks erklärt sie Auslandseinsätze zu Operationen, "die zwar nicht mehr als Friedensmissionen, aber noch nicht als Kriegshandlungen anzusehen sind". [1]

Am 10. und 11. August wurden nacheinander der italienische Verteidigungsminister Ignazio La Russa und der italienische Außenminister Franco Frattini von der Tageszeitung CORRIERE DELLA SERA interviewt, und wie Tandemfahrer bedauerten beide "die übertriebenen Beschränkungen, die den italienischen Streitkräften auferlegt seien und sie bei den Kämpfen in dem NATO-Krieg in Afghanistan behinderten".

Ein Kommentar in einer anderen Zeitung fasste die Äußerungen La Russas und Frattinis wie folgt zusammen:

"Italiens 2.800 Soldaten operieren nach den Regeln eines friedenserhaltenden Einsatzes, die sie weitgehend daran hindern, zurück zu schießen, auch dann, wenn sie selbst angegriffen werden. Nach einer Änderung der Einsatzregeln könnten die Truppen besser ausgerüstet werden, damit sie auch zum Angriff übergehen könnten."

Frattini wird mit der Aussage zitiert: "Wir brauchen für solche Missionen zur Friedenssicherung, die nicht nur den Umgang mit Zivilisten, sondern auch wirkliche Militäraktionen erfordern, andere Regeln." [2]

Dieser wenig schlüssige sprachliche Eiertanz ist ein Versuch, nicht nur den Text, sondern auch den Geist des **Artikels 11 der Verfassung Italiens** von 1948 zu umgehen. Er lautet:

Art. 11: Italien lehnt den Krieg als Mittel des Angriffes auf die Freiheit anderer Völker und als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten ab; unter der Bedingung der Gleichstellung mit den übrigen Staaten stimmt es den Beschränkungen der

staatlichen Oberhoheit zu, sofern sie für eine Rechtsordnung nötig sind, die den Frieden und die Gerechtigkeit unter den Völkern gewährleistet; es fördert und begünstigt die auf diesen Zweck gerichteten überstaatlichen Zusammenschlüsse. *(Der Wortlaut des kompletten Artikels 11 wurde übernommen aus <http://www.verfassungen.eu/it/ital48.htm> .)*

In diesem Artikel wird mit der Formel, Italien "stimmt den Beschränkungen der staatlichen Oberhoheit zu", auch bereits der ein Jahr später erfolgende Eintritt des Landes in die North Atlantic Treaty Organization / NATO vorweggenommen.

Der Artikel 11 (*der Verfassung Italiens*) gleicht Artikeln ähnlichen Inhalts, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die Verfassungen derjenigen Mächte übernommen oder eingefügt wurden, die den verlustreichsten Krieg in der Geschichte Europas und Asiens ausgelöst haben: Es handelt sich dabei um die Mitglieder der Achse Berlin-Rom-Tokio, also um die Staaten des *(am 27.09.1940 auf Initiative Adolf Hitlers geschlossenen)* Dreimächtepaktes.

Das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** aus dem Jahr 1949, dessen Geltungsbereich 1990 auf das ganze wiedervereinigte Deutschland ausgedehnt wurde, enthält in Artikel 26 ein Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges folgenden Inhalts:

GG Art 26, Abs. (1):"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. *(Der Wortlaut des Absatzes (1) wurde übernommen aus <http://de-jure.org/gesetze/GG/26.html> .)*

Auch die **Verfassung Japans**, die dem Land 1947 von der Vereinigten-Staaten verordnet wurde, enthält in Artikel 9 ähnliche Vorschriften. Er lautet:

Art. 9, Abs. 1: In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten.

Abs. 2: Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt. *(Der Wortlaut des Artikels 9 wurde übernommen aus <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Japan/artikel9.html> .)*

Die US-Streitkräfte und besonders die US-Air Force haben ihre Basen in Deutschland, Italien und Japan seit dem Korea-Krieg bis zum aktuellen Krieg in Afghanistan in allen vom Pentagon angezettelten Konflikten zur Stationierung ihrer Bomber und zum Transit von Truppen, Waffen und sonstigem Nachschub genutzt.

Obwohl ihre Verfassungen die Unterstützung von Kriegsvorbereitungen verbieten, haben sich die drei ehemaligen Achsenmächte seit mehr als 60 Jahren in einer ganzen Reihe bewaffneter Konflikte zu Komplizen machen lassen.

Aber für den größten Teil dieser Periode – fast ein halbes Jahrhundert lang – wurde trotz dieser Komplizenschaft wenigstens die in den jeweiligen Verfassungen enthaltene Vorschrift eingehalten, sich nicht mit eigenen Truppen an Angriffskriegen zu beteiligen. Italien war zwar 1949 an der Gründung der NATO beteiligt, hat aber keine Soldaten für den Ko-

rea-Krieg gestellt, obwohl Großbritannien, Kanada, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg die Vereinigten Staaten mit Truppen unterstützten.

Griechenland und die Türkei stellten Truppenkontingente, weil das eine Vorbedingung für ihre NATO-Mitgliedschaft war, die ihnen 1952 zugestanden wurde; aber die Bundesrepublik Deutschland, die 1955 (*in die NATO*) eintrat, stellte keine Soldaten (*für den Korea-Krieg*).

Obwohl Australien, Neuseeland, die Philippinen und Thailand Truppen (*für Korea*) stellten, tat Japan das nicht.

Die Vorschrift, sich nicht an Kampfeinsätzen zu beteiligen (*die nicht zur Verteidigung des eigenen Landes dienen*), wurde von zwei der drei Nationen – von Deutschland und Italien – erst im Krieg der NATO gegen Jugoslawien Anfang 1999 verletzt. Beide Länder stellten Kampfjets für den 78-tägigen Luftkrieg, und der US- und NATO-Luftwaffenstützpunkt Aviano (*in Italien*) diente als Hauptbasis für die täglichen Bombenangriffe auf militärische Ziele und auf die zivile Infrastruktur und die Bürger (*im Kosovo und in Serbien*). Auch Kampfflugzeuge der USA, Großbritanniens, Kanadas, Spaniens, Portugals und anderer Länder operierten von diesem Flugplatz aus.

Die Wortklauberei des gegenwärtigen italienischen Außenministers Frattini, mit der er zu bestreiten versucht, dass ein Krieg ein Krieg ist, wurde bereits erwähnt, und vergleichbare Verdrehungen und falsche Behauptungen deutscher und italienischer Minister und Parlamentarier gab es auch 1999. Deutschland und Italien hatten sich zum ersten Mal nach der Herrschaft Hitlers und Mussolinis wieder mit eigenen Truppen an einem Krieg gegen ein Land beteiligt, das sie nicht angegriffen hatte, aber von den beiden faschistischen Führern 59 Jahre vorher schon einmal angegriffen worden war.

(Der "Blitzkrieg" der deutschen Wehrmacht gegen Jugoslawien begann am 06.04.1941, der NATO-Luftkrieg gegen die Serben am 24.03.1999. Beide Kriege liegen also 58 Jahre auseinander. Der am 28.10.1940 gestartete Angriff Italiens auf Griechenland war gescheitert.)

Die nach dem Zweiten Weltkrieg im Nürnberger Urteil ausgesprochene Ächtung des Angriffskrieges wurde von den besiegten Achsenmächten missachtet, und im letzten Jahrzehnt haben sich Deutschland, Italien und Japan wieder zunehmend auf regionaler und internationaler Ebene als Militärmächte etabliert – bis zu der in unterschiedlichem Ausmaß erfolgenden Teilnahme aller drei Staaten an dem gegenwärtigen Krieg der USA und der NATO in Afghanistan.

(Das Nürnberger Urteil von 1946 sagt zum Verbrechen des Angriffskrieges: "Der Krieg ist seinem Wesen nach ein Übel. Seine Auswirkungen sind nicht allein auf die kriegführenden Staaten beschränkt, sondern treffen die ganze Welt. Die Entfesselung eines Angriffskrieges ist daher nicht bloß ein internationales Verbrechen; es ist das schwerste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, daß es in sich alle Schrecken der anderen Verbrechen einschließt und anhäuft." Das Zitat wurde entnommen aus "Der Nürnberger Prozess", s. <http://www.zeno.org/Geschichte/M/Der+N%C3%BCrnberger+Proze%C3%9F> .)

Deutschland hat jetzt die Höchstzahl der derzeit vom Bundestag genehmigten Soldaten nach Afghanistan entsandt: 4.500 Mann und 300 zusätzliche Soldaten in den AWACS-Maschinen der NATO, die zur Eskalation des Krieges beitragen. Es stellt das viertgrößte

Truppenkontingent in Afghanistan – nach den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada.

Italien stellt mit 3.250 Soldaten den sechstgrößten Truppenanteil und kommandiert den NATO-Einsatz in West-Afghanistan in der Nähe der iranischen Grenze. Der Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 war für Deutschland und Italien der erste Luftkrieg nach dem Zweiten Weltkrieg, der Krieg in Afghanistan ist der erste Bodenkrieg.

Deutschland hat bisher schon 38 Soldaten verloren, Italien erst 15.

Eine Ende Juli im Auftrag einer großen italienischen Tageszeitung durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass 56 Prozent der Italiener einen Abzug der italienischen Truppen vom afghanischen Kriegsschauplatz fordern, aber Premierminister Silvio Berlusconi, Außenminister Frattini und Verteidigungsminister La Russa bestehen darauf, die Truppen in Afghanistan zu belassen; sie haben kürzlich sogar noch 500 zusätzliche Soldaten entsandt und sich verpflichtet, mehr Predator-Drohnen, Tornado-Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber einzusetzen.

Ende letzten Monats hatte Verteidigungsminister La Russa erklärt: "Es ist möglich, dass wir auch die Anzahl der Hubschrauber erhöhen werden, um unsere Truppen besser aus der Luft unterstützen zu können; wir werden auch unsere Tornados offensiver einsetzen." [3]

Zur gleichen Zeit stieß Außenminister Frattini ins gleiche Horn: "Wir werden die Anzahl der unbemannten Überwachungsdrohnen vom Typ Predator erhöhen und unsere Tornado-Kampffjets nicht nur zur Aufklärung, sondern auch zur Unterstützung unserer Bodentruppen einsetzen."

Eine italienische Zeitung ergänzte: "Er teilte auch mit, dass Italien die Panzerung seiner Lince-Truppentransporter verstärken und eine neue Generation gepanzerter Fahrzeuge entsenden werde." [4]

In fünf vorausgehenden Artikeln dieser Reihe wurde Deutschlands erneuter Aufstieg zur militärischen Großmacht nach dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert [5, 6, 7, 8, 9]; dabei wurden auch die fortschreitende Transformation der Bundeswehr in eine "international operierende Interventionsarmee" [10] und die Haltung der Merkel-Regierung untersucht, "Deutschland müsse seine aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stammenden Hemmungen, robuste Sicherheitsmaßnahmen – einschließlich militärischer Gewalt im In- und Ausland – einzusetzen, endlich ablegen. [11] In einem 2006 vom deutschen Verteidigungsministerium vorgelegten Weißbuch wird gefordert, die Bundeswehr müsse "von Grund auf in eine Interventionsarmee umstrukturiert werden" [12], und einer der Autoren stellte fest: "Es wird Zeit, dass Deutschland seine Nachkriegshemmungen, auch wieder Gewalt anzuwenden, endlich überwindet." [13]

Am 8. August, wenige Wochen nachdem "deutsche Truppen in Kundus ihre größte militärische Offensive seit dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet hatten", wurde berichtet, "der deutsche Verteidigungsminister Franz Josef Jung habe in einem Zeitungsinterview gesagt, ..., deutsche Streitkräfte müssten noch bis zu zehn weitere Jahre in Afghanistan bleiben". [14]

Die deutsche Regierung vertritt offen den Einsatz der Bundeswehr sowohl im Innern der Bundesrepublik als auch im Ausland und hat im April anlässlich des Gipfels zum 60. Geburtstag der NATO in Kehl Soldaten gegen Demonstranten aufmarschieren lassen; das ist ein gefährlicher Weg, den zuerst die Berlusconi-Regierung beschritten hat, als sie vor ei-

nem Jahr in Rom, Mailand, Neapel und Turin 3.000. Soldaten gegen Einwanderer, Roma-Lager und angeblich auch gegen kriminelle Vereinigungen eingesetzt hat.

Solche Militäreinsätze im Innern des eigenen Landes erinnern fatal an Praktiken, die es seit Mussolini und Hitler in Italien und Deutschland nicht mehr gegeben hat.

Zwei Monate danach wurde in einem Artikel mit der Überschrift "Die NATO füllt die Kassen der Mafia mit Mietzahlungen" berichtet, dass in Neapel, wo seit 2004 ein Allied Joint Force Command der NATO (*ein Vereinigtes Oberkommando der NATO-Streitkräfte*) residiert, "Regierungsgelder, die für die NATO bestimmt waren, in die Taschen der gewalttätigsten kriminellen Organisation Italiens geflossen sind". [15]

In einem weiteren Bericht, der im November letzten Jahres erschienen ist, heißt es:

"Franco Roberti, der Chef der Antimafia-Sonderkommission der Stadt Neapel, beschuldigte in einem von der italienischen Tageszeitung CORRIERE DELLA SERA veröffentlichten Artikel Offizielle der US- und NATO-Streitkräfte, wissentlich Häuser von Personen angemietet zu haben, die verdächtigt werden, Gangster-Bosse zu sein. Die Großvermieter kasstierten für US- und NATO-Bedienstete Monatsmieten von 1.500 bis 3.000 Euro, die zwei bis dreimal höher als die ortsüblichen Mieten waren." [16]

Obwohl italienische Truppen wieder in den Straßen der Städte auftauchen, blieb die (*abkassierende*) Camorra Casalese unbehelligt und konnte sich auch noch bereichern.

Im letzten Jahr bestätigte Berlusconi auch, dass die bereits während seiner vorherigen Amtszeit als Premierminister entwickelten Pläne, das US-Camp in der Caserma Ederle in Vicenza mit dem benachbarten Flughafen Dal Molin zur "größten US-Militärbasis außerhalb der Vereinigten Staaten" [17] auszubauen, jetzt umgehend realisiert würden. Camp Ederle beherbergt bereits 6.000 US-Soldaten und wird bald alle sechs Bataillone des 173rd Airborne Brigade Combat Teams (des Kampfteams der 173. Fallschirmjäger-Brigade) aufnehmen – auch die (*vier, die derzeit noch in Bamberg und Schweinfurt*) in Deutschland stationiert sind. Das 173rd Airborne Brigade Combat Team wurde in den letzten Jahren im Irak und in Afghanistan eingesetzt. (Infos dazu unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_07/LP02907_040207.pdf)

Im Juli letzten Jahres waren US-Soldaten der in Vicenza stationierten Southern European Task Force / Airborne (*der Südeuropäischen Eingreiftruppe / Fallschirmjäger*) unter den 1.000 Mann, die an dem NATO-Manöver Immediate Response 2008 (*Sofortige Antwort 2008*) in Georgien teilnahmen. Das war die größte Anzahl von US-Soldaten, die jemals gleichzeitig im Kaukasus eingesetzt waren; sie hatten die Streitkräfte der Gastgeber-Nation (*Georgien*) für einen Krieg mit Russland trainiert, der wenige Tage danach folgte.

"US-Ausbilder, die für das Training des georgischen Militärs verantwortlich waren, blieben in dem gefährdeten Land, als am Freitag, dem 8. August, wegen der Abspaltung der Provinz Südossetien die Kämpfe zwischen Russland und Georgien ausbrachen. (s. dazu http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_08/LP12908_100808.pdf)

Das U.S. European Command (*EUCOM in Stuttgart*) teilte am Montag mit, dass es zur Zeit nicht plane, die US-Ausbilder aus dem Land zurückzuziehen." [18]

Im Januar 2008 gab die italienische Regierung bekannt, dass sie eine Autobahn bauen wolle, um Vicenza mit dem Luftwaffenstützpunkt Aviano zu verbinden. "Die Fallschirmjäger, die in der Caserma Ederle in Vicenza stationiert sind, benutzen Aviano für ihr (*Ab-*

*sprung-)*Training und fliegen von dort aus zu ihren Einsätzen: Bei ihren letzten drei Kampfeinsätzen ist die 173rd Airborne Brigade immer von Aviano aus gestartet." [19]

Jahrzehntlang war man sich darüber einig, dass es Japan durch den eine Remilitarisierung verbietenden Artikel 9 seiner Verfassung untersagt ist, wieder aufzurüsten und sich an Militäraktionen außerhalb seiner Grenzen – die beschönigend als kollektive Selbstverteidigung bezeichnet werden – zu beteiligen. Erstens ist es Japan ganz eindeutig verboten, Truppen, Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge außerhalb des japanischen Territoriums und seines Seegebietes in bewaffneten Auseinandersetzungen einzusetzen.

Zweitens ist es dem Land verboten, bilaterale oder multilaterale Verträge abzuschließen oder Militärbündnisse einzugehen, die Japan verpflichten, anderen Nationen im Krieg beizustehen oder sich an Programmen wie dem weltweiten US-Raketenabwehrschild zu beteiligen.

Im Laufe der letzten acht Jahre hat die japanische Regierung beide Komponenten des in der Verfassung verankerten Verbots verletzt: Sie hat Truppen in Konfliktzonen entsandt und sich an gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen beteiligt, die in Wahrheit kaum defensiv zu nennen sind.

Tokio verstieß zum ersten Mal 2002 gegen das Verbot, Truppen außerhalb seiner Grenzen einzusetzen, als es 600 Soldaten nach Osttimor entsandte, die sich den Truppen aus Australien, Argentinien, Bangladesch, Brasilien, Großbritannien, Kanada, China, von den Fidschiinseln, aus Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Malaysia, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, von den Philippinen, aus Portugal, Singapur, Südkorea, Schweden, Thailand und aus den Vereinigten Staaten anschlossen.

Im Dezember des darauf folgenden Jahres schickte die Regierung des Premierministers Junichiro Koizumi 600 Soldaten und Hunderte Zivilisten zur Unterstützung in den Irak – neun Monate nach der Invasion des Landes durch die Vereinigten Staaten und Großbritannien.

Bei dem Irak-Einsatz wurden japanische Truppen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder auf einen Kriegsschauplatz entsandt.

Dem Beispiel italienischer und deutscher Regierungsmitglieder folgend, die das Wort "Krieg" partout nicht in den Mund nehmen wollen, obwohl sie ihre Soldaten in Kriege schicken, bezeichnete Tokio seine Truppe als "Japanische Aufbau- und Unterstützungsgruppe für den Irak". Unabhängig von dem gewählten Namen hat Japan Truppen zur Unterstützung Verbündeter entsandt, die den Irak unter Verletzung des Völkerrechts und ohne UN-Mandat überfallen haben und damals noch in heftige Kämpfe verwickelt waren. Die japanischen Soldaten blieben bis 2006 im Irak, bis sich die USA und ihre NATO-Verbündeten wieder stärker auf Afghanistan konzentrierten.

Seinen Truppenabzug im Jahr 2006 kompensierte Japan, indem es Lufttransporte für die Irak-Besatzer durchführte; erst im Dezember 2008, als die westlichen Alliierten dem Afghanistan-Krieg wieder absolute Priorität einräumten, beendete Japan sein militärisches Engagement im Irak.

Den Afghanistan-Krieg hat Japan von Beginn an unterstützt, und "trotz seiner pazifistischen Verfassung hat Japan seit 2001 an Marine-Operationen im Indischen Ozean teilgenommen und der US-geführten Koalition, die in Afghanistan kämpft, Treibstoff und andere logistische Unterstützung zur Verfügung gestellt". [20] Es versorgte die meisten der US-

und NATO-Kriegsschiffe im Indischen Ozean mit Treibstoff, einschließlich derjenigen, die Tomahawk-Marschflugkörper auf Afghanistan abfeuerten. Japan zog seine Seestreitkräfte Ende 2007 kurzzeitig ab, entsandte sie aber ein Jahr später wieder, und sie beteiligen sich bis heute am derzeit größten Krieg der Welt.

Das immer noch als pazifistisch eingeschätzte Japan hat also die letzten beiden Kriege des Westens aktiv unterstützt.

Keiichiro Asao, ein Parlamentsabgeordneter der Demokratischen Partei Japans, der Verteidigungsminister seines Landes werden soll, wenn seine in Umfragen führende Partei die nächsten Wahlen gewinnt, bemerkte im vergangenen Monat in einem Interview mit der US-Militärzeitung STARS AND STRIPES zum Afghanistan-Krieg: "Wenn Friedensgespräche in einem Teil Afghanistans erfolgreich verlaufen, könnten wir Bodentruppen in diese Gebiete entsenden, um beim Aufbau einer Zivilgesellschaft zu helfen, selbst dann, wenn in anderen Gebieten noch gekämpft wird." [21]

Japanische Bodentruppen auf dem am heftigsten umkämpften Kriegsschauplatz der Welt würden auch die letzten Spuren der Entmilitarisierung Japans nach dem Zweiten Weltkrieg tilgen, und damit würde sich nach Deutschland und Italien auch dieses Land wieder unter die Staaten einreihen, die Kriege führen.

Und darauf hat man wohl seit Jahren hingearbeitet, weil im Januar 2007 die Verteidigungsagentur Japans wieder in ein Verteidigungsministerium umgewandelt wurde, das es seit der Niederlage des Landes im Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat.

Im gleichen Monat wurde berichtet, dass Premierminister Shinzo Abe und Verteidigungsminister Fumio Kyuma daran denken, "Japans Truppen zu Präventivschlägen während internationaler Friedensmissionen zu ermächtigen" und nach Wegen suchen, "wie die von der japanischen Verfassung verbotene Gewaltanwendung bei Akten der kollektiven Selbstverteidigung, die gemeinsam mit Verbündeten erfolgt, gelockert werden kann".

"Die Regierung will dieses Ziel erreichen, indem sie die Verfassung neu interpretiert," berichtet die Tageszeitung YOMIURI. [22]

Drei Monate später wurde in einem Artikel mit der Überschrift "Japan muss darüber nachdenken, wie es für angegriffene Verbündete kämpfen kann" berichtet: "Premierminister Shinzo Abe neigt dazu, Japan in vier Fällen das Recht auf kollektive Selbstverteidigung zu gewähren", etwa "beim Einsatz des japanischen Raketenabwehrsystems gegen einen Angriff mit ballistischen Raketen auf ein verbündetes Land wie die Vereinigten Staaten". Das meldete die Kyodo News Agency. [23]

In drei weiteren Fällen wäre Tokio ebenfalls bereit, die von der Verfassung verbotene Teilnahme an so genannten kollektiven Verteidigungsmaßnahmen zu umgehen: "wenn ein japanisches Kriegsschiff, das ein japanisches Handelsschiff begleitet, unter Beschuss gerät, wenn eine japanische Militäreinheit in einer multinationalen Streitmacht angegriffen wird und wenn sich japanische Truppen im Rahmen einer UN-Friedensmission zur Wehr setzen müssen." [24]

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass Premierminister Abe die Tradition seines Vorgängers Koizumi fortgesetzt und jährlich den Yasukuni Schrein besucht hat, in dem japanische Kriegstote – darunter 14 verurteilte Kriegsverbrecher aus dem Zweiten Weltkrieg – bestattet sind.

"Es steht der japanische Regierung nicht zu, die Taten so genannter Kriegsverbrecher nachträglich zu beurteilen," sagte Abe am 3. Oktober 2006 vor dem japanischen Parlament. [25]

Die von 2001 bis 2006 durchgeführten Schrein-Besuche japanischer Premierminister empörten China, Nord- und Südkorea, Thailand, die Philippinen und andere Nationen, welche die Kriegsverbrechen, die Japaner an ihren Ländern und Völkern begangen haben, immer noch verurteilen und in der Rehabilitierung der Schuldigen eine Wiederbelebung des japanischen Militarismus sehen.

Der gefährlichste Part der japanischen Pläne für die Zulassung präventiver Angriffe im Rahmen kollektiver Verteidigungsmaßnahmen ist das von der Regierung im Jahr 2007 zuerst angeführte Beispiel: die Integration Japans in den so genannten Raketenabwehrschild, den die USA aus boden-, luft und seegestützten Komponenten unter Einbeziehung im Weltraum stationierter Überwachungssatelliten und Raketen weltweit aufbauen wollen.

Am 11. August warnte der Kommandeur der russischen Luftwaffe, Generaloberst Alexander Zelin: "Ab 2030 ... werden andere Länder und besonders die Vereinigten Staaten in der Lage sein, mit koordinierten Präzisionsangriffen aus der Luft und aus dem Weltraum jedes Ziel auf dem gesamten russischem Territorium zu erreichen." [26]

Am nächsten Tag wandte sich der chinesische Außenminister Yang Jiechi an die Abrüstungs-Konferenz in Genf, an der 65 Länder beteiligt sind, und warnte vor einem "Wettrüsten im Weltraum"; er stellte fest, "im Weltraum drohe jetzt die Gefahr einer neuen Aufrüstung" und forderte: "Die Staaten der Welt sollten weder Raketenabwehrsysteme entwickeln, welche die globale strategische Stabilität untergraben, noch Waffen im Weltraum stationieren." [27]

Im Jahr 2005 haben die Vereinigten Staaten und Japan vereinbart, auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Yokota westlich von Tokio eine Raketenabwehrstation zu errichten. Kyodo News, eine lokale Tageszeitung, schrieb damals über des Projekt: "Japans Erfolg wird auch das atomare Potenzial Chinas und Russlands in Ostasien beeinflussen. Zweifellos werden die beiden Staaten ihre Anstrengungen steigern, Raketen mit höherer Leistung zu entwickeln." [28]

Im Mai 2007 drängte Pentagon-Chef Robert Gates: "Japan sollte sein Recht zur Beteiligung an kollektiven Verteidigungsmaßnahmen erklären, damit es sein Raketenverteidigungssystem dazu verwenden kann, nordkoreanische ballistische Raketen abzuwehren, die auf die Vereinigten Staaten zielen." [29]

Die Vereinigten Staaten verwenden Nordkoreas Raketen als Vorwand, um ihren globalen Raketenabwehrschild, mit dessen Hilfe sie Russland und China mit einem angedrohten atomaren Erstschatz erpressen könnten, nach Osten auszudehnen. Damals war über die Gates-Initiative zu lesen: "Das Drängen der USA auf eine Beteiligung (*Japans*) an einem kollektiven Verteidigungssystem entspringt seiner Absicht, die Abschreckung gegenüber China zu verstärken, und zeigt Washingtons Hoffnung, Premierminister Shinzo Abe werde das durch eine Verfassungsänderung ermöglichen." [30]

Im gleichen Monat, im Mai 2007, wurde auch bekannt, dass "Japans Verteidigungsministerium die US-Streitkräfte seit Ende April mit Geheimdienst-Erkenntnissen versorgte, die über das Frühwarn-Radarnetz der Luft-Selbstverteidigungsstreitkräfte / ADSF gewonnen wurden; das Ministerium hatte durch eine Vernetzung der ADSF mit dem Hauptquartier der 5th Air Force auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Yokota bei Tokio bereits damit begon-

nen, diese Erkenntnisse laufend zu übermitteln, bevor die beiden Staaten auf einem streng geheimen Treffen, das am 1. Mai in Washington stattfand, den Datenaustausch zur Raketenabwehr vereinbart hatten". [31]

Schon vor zwei Jahren schmiedete die regierende Liberale Partei Pläne, nach dem Kalten Krieg endlich den Zustand zu ändern, "dass Japans pazifistische Verfassung die Beteiligung an Kriegen und Militäraktionen im Ausland verbietet. Die japanische Regierung interpretiert die Verfassung gegenwärtig dahingehend, dass sie Japan das Recht nimmt, einen angegriffenen Verbündeten zu verteidigen". [32] Man will also den Artikel 9 seines (*pazifistischen*) Inhalts berauben oder ihn ganz streichen.

Japan möchte die nach dem Zweiten Weltkrieg an Russland gerichtete revanchistische Forderung nach Rückgabe seiner Kurilen-Inseln wieder intensivieren und hat sich deshalb dem Bestreben seinen ehemaligen Verbündeten in Berlin und Rom angeschlossen, die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Beschränkungen für Militäreinsätze im Ausland, die auch präventive Angriffe ausschließen, zu beseitigen.

Nachdem vor einer Generation der sozialistische Block in Osteuropa zusammengebrochen ist und die NATO jetzt versucht, sich das Territorium der Staaten des ehemaligen Warschauer Vertrags einzugliedern, sind viele Dämonen, die Jahrzehnte geschlummert haben, wieder aufgewacht: der unersättliche Militarismus, die Forderung nach einer Veränderung bestehender Grenzen, der Revisionismus, der die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs rückgängig machen will, der Revanchismus und natürlich der Faschismus.

Im Februar 2007 entschied das Bukarester Berufungsgericht des Staates Rumänien, der sich im Zweiten Weltkrieg den Achsenmächten Deutschland, Italien und Japan angeschlossen hatte, dass die Teilnahme der 800.000 rumänischen Soldaten an Hitlers Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 ein "Krieg zur Befreiung Bessarabiens (*das heute größtenteils zu Moldawien gehört*) und der Bukowina" (*die heute zwischen Rumänien und der Ukraine aufgeteilt ist*) war. [33]

Ende Juli dieses Jahres trug Radu Mazare, der Bürgermeister der rumänischen Stadt Constanta, bei einer Modenschau eine Uniform der Nazi-Wehrmacht und begründete das damit, dass er sich "wie ein General der Wehrmacht kleiden wollte, weil er diese Uniform und die strenge Organisation der deutschen Armee schon immer bewundert habe." [34]

Zwei Jahre vorher hatte Rein Lang, der Justizminister Estlands, das der NATO und der Europäischen Union angehört, in einer Bar seinen fünfzigsten Geburtstag gefeiert – mit einer "Hitler-Nacht", bei der ein Schauspieler in einem Einpersonen-Stück mit dem Titel "Adolf" vor einem Hakenkreuz im Hintergrund einen (*fiktiven*) "Monolog Hitlers vor seinem Selbstmord" rezitierte. In diesem Monolog forderte der Führer seine Verbündeten auf "weiter für die Ideen des Dritten Reiches zu kämpfen". [35]

Am 26. Juli dieses Jahres feierten Veteranen der 20. estnischen SS-Division eine 1944 gegen die sowjetischen Armee geschlagene Schlacht, und das war nur die jüngste einer ganzen Reihe von Gedenkveranstaltungen, mit denen jedes Jahr an die Nazi-Vergangenheit erinnert wird. An einem Marsch, der aus diesem Anlass stattfand, nahmen "Anhänger des Faschismus aus allen Baltischen Staaten, aus Holland, Norwegen, Dänemark und sogar aus Georgien teil." [36]

Ein russischer Journalist kommentierte die Tendenzen in diesem Land mit den Worten: "Estland wird von Leuten regiert, die ihre Begeisterung für den Faschismus und die Nazi-Ideologie noch nicht einmal zu verbergen versuchen." [37]

Drei Monate vorher marschierten 300 Letten bei der jährlichen Parade zum Legionärs-Tag mit, die zu Ehren der Veteranen der lettischen Waffen-SS veranstaltet wird, "die an Strafexpeditionen und Massentötungen von Juden, Weißrussen und Letten beteiligt waren". [38] Auch Lettland ist Mitglied der NATO und der EU. Die jährlichen Märsche werden in der Hauptstadt Riga inszeniert, und obwohl sie von der Regierung offiziell nicht gebilligt werden, gewährt sie den Nazi-Sympathisanten Polizeischutz und hat in der Vergangenheit auch schon antifaschistische Demonstranten festnehmen lassen.

Das Vorbild für dieses Wiederaufleben des Faschismus war Kroatien, das bereits 1991 die mit den Nazis verbündete Ustascha rehabilitiert und glorifiziert hat (s. auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Ustascha>).

Die neue braune Pest hat sich auch in die Ukraine ausgebreitet, wo im letzten Jahr Präsident Wiktor Juschtschenko, ein Produkt der "orangefarbenen Revolution" von 2004 und ein Anhänger der Vereinigten Staaten, dessen Zustimmungsrate kürzlich auf weniger als ein Prozent abgesunken ist, "Roman Shukhevich, einem der Anführer der ukrainischen Aufständischen Armee, die an der Seite des Dritten Reiches gekämpft hat, postum den Titel eines Helden der Ukraine verliehen hat; er unterzeichnete auch eine Verordnung, mit der er den Gründungstag der Aufständischen Armee zum Feiertag erklärte". [39] (s. auch http://en.wikipedia.org/wiki/Roman_Shukhevych)

In den verbleibenden Tagen seiner Amtszeit verstärkt Juschtschenko seine Anstrengungen, die Ukraine in NATO zu führen, obwohl eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung das ablehnt; außerdem lässt er Denkmäler zu Ehren Stephan Banderas errichten, der ebenfalls ein Führer der ukrainischen Aufständischen Armee war.

Die Rückkehr Deutschlands, Italiens und Japans in die Reihen der Kriege führenden Nationen und das Wiederaufleben faschistischen Gedankenguts in Europa könnte einen zukünftigen Studenten zu den Annahmen verleiten, die Achsenmächte seien die Sieger und nicht die Verlierer des Zweiten Weltkriegs gewesen und die Nürnberger Prozesse habe es nie gegeben.

Anmerkungen

- 1) Deutsche Presse-Agentur, 10. August 2009
- 2) The Associated Press, 11. August 2009
- 3) Defense News, 22. Juli 2009
- 4) Reuters, 6. Juli 2009
- 5) Die neue NATO: Deutschland kehrt auf die militärische Weltbühne zurück, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP15409_170709.pdf
- 6) Vom Zweiten zum Dritten Weltkrieg: Die globale NATO und das remilitarisierte Deutschland, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP15609_200709.pdf
- 7) Deutschland: Die erste nach dem Kalten Krieg entstandene neue militärische Großmacht, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP16209_270709.pdf
- 8) Die atomare Verknüpfung Deutschlands mit der NATO, s. http://www.luftpostkl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP16709_010809.pdf
- 9) Deutschland: Der Waffenlieferant der Welt im ersten Bodenkampf nach dem Zweiten Weltkrieg, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP16909_040809.pdf
- 10) Der Spiegel, 10. August 2009
- 11) Wall Street Journal, 11. Juni 2008
- 12) Newsweek, 13. November 2006
- 13) ebd.
- 14) Deutsche Presse-Agentur, 8. August 2009
- 15) Sydney Morning Herald, 6. November 2008
- 16) Stars and Stripes, 27. November 2008
- 17) ANSA (Italien), 22. September 2006
- 18) Stars and Stripes, 12. August 2008
- 19) Stars and Stripes, 2. Januar 2008

- 20) Agence France-Presse, 10. August 2009
- 21) Stars and Stripes, 21. Juli 2009
- 22) The Associated Press, 14. Januar 2007
- 23) Agence France-Presse, 7. April 2007
- 24) ebd.
- 25) Japan Times, 28. Dezember 2006
- 26) Russian Information Agency Novosti, 11. August 2009
- 27) The Associated Press, 12. August 2009
- 28) Kyodo News, 21. Dezember 2007
- 29) Kyodo News, 17. Mai 2007
- 30) ebd.
- 31) Xinhua News Agency, 13. Mai 2007
- 32) Xinhua News Agency, 30. Juni 2007
- 33) InfoTag (Moldawien), 21. Februar 2007
- 34) Sofia News Agency, 20. Juli 2009
- 35) Voice of Russia, 6. Juli 2007
- 36) Voice of Russia, 27. Juli 2009
- 37) Voice of Russia, 6. Juli 2007
- 38) Voice of Russia, 13. März 2009
- 39) Voice of Russia, 25. Oktober 2008

(Wir haben auch diesen wichtigen Artikel des US-Journalisten Rick Rozoff komplett übersetzt und mit eigenen Anmerkungen in kursiver Schrift und in runden Klammern versehen. Seine Warnungen vor einem Wiederaufleben des Militarismus und des Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland sollten für alle Leser Anlass genug sein, endlich den Ramsteiner Appell zu unterschreiben (s. <http://www.ramsteiner-appell.de/>) und mindestens 10 weitere Unterschriften auf einer Liste zu sammeln, die unter <http://www.ramsteiner-appell.de/dl/ramsteiner-appell-formular.pdf> auszudrucken ist. Die ausgefüllte Liste bitte möglichst bald an die angegebene Adresse zurückzusenden! Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Italy, Germany and Japan: Former World War II Axis Nations Repudiate Bans against "Preparing for War"

By Rick Rozoff; Stop NATO

Global Research, August 13, 2009

A press report on August 10 revealed that the government of Italy is planning to modify if not dispense with its post-World War II constitutional limitations on conducting offensive military operations; that is, to reverse a 61-year ban on waging war.

The news story, reminding readers that "Italy's post-World War II constitution places stringent limits on the country's military engagements," stated the Italian government intends to introduce a new military code "specifically for missions abroad," one that - in a demonstration of evasiveness and verbal legerdemain alike - would be "neither of peace nor of war."
[1]

On August 10 and 11, respectively, the nation's Defense Minister Ignazio La Russa and Foreign Minister Franco Frattini were interviewed in the daily Corriere della Sera in in tan-

dem they bemoaned what they described as undue restrictions on the Italian armed forces in performing their combat roles in NATO's war in Afghanistan.

Commenting on La Russa's and Frattini's assertions, another news account summarized them as follows:

"Italy's 2,800 soldiers operate under a military peace code, which largely restricts them to shooting back if they are attacked. Changes could give the troops heavier equipment and allow them to go on the offensive."

Frattini is quoted as saying, "We need a code for the missions that aim to bring peace, which cannot be achieved only through actions for civilians but also through real military actions." [2]

The tortuous illogicality of that claim is an attempt to circumvent both the letter and the spirit of Article 11 of the 1948 Italian Constitution which reads in part that "Italy repudiates war as an instrument offending the liberty of the peoples and as a means for settling international disputes."

The rest of the Article includes, and in doing so anticipates the nation's inclusion in the North Atlantic Treaty Organization the following year, "it agrees to limitations of sovereignty...."

Article 11 is emblematic of similar ones in the post-World War II constitutions adopted by, or rather imposed on, those powers responsible for unleashing history's deadliest war in Europe and Asia: The members of the Berlin-Rome-Tokyo Axis or Tripartite Pact.

The 1949 Constitution of the Federal Republic, amended and extended to all of the country after unification in 1990, contains a Ban on preparing a war of aggression, Article 26, which reads: Activities tending and undertaken with the intent to disturb peaceful relations between nations, especially to prepare for aggressive war, are unconstitutional. They shall be made a punishable offense.

The 1947 U.S.-authored Japanese constitution contains an equivalent, Article 9, which states:

"Aspiring sincerely to an international peace based on justice and order, the Japanese people forever renounce war as a sovereign right of the nation and the threat or use of force as means of settling international disputes.

"In order to accomplish the aim of the preceding paragraph, land, sea, and air forces, as well as other war potential, will never be maintained. The right of belligerency of the state will not be recognized."

U.S. military, especially air, bases in Germany, Italy and Japan have been used in every major military campaign waged by the Pentagon from the Korean War to the current one in Afghanistan for basing bombers and for the transit of troops, weapons and equipment.

So despite constitutional requirements to repudiate and renounce and bans against preparing for war, the three former Axis nations have indeed been partners to a series of armed conflicts for sixty years.

But for most of that period, indeed for almost a half century, the nations' legal prohibitions

against direct military aggression have been observed even in the breach. Italy was a founding member of NATO in 1949, though unlike most others didn't send troops for the Korean War. Along with the United States, Britain, Canada, France, the Netherlands, Belgium and Luxembourg did.

Greece and Turkey deployed contingents as a precondition for NATO membership, which they received in 1952, but West Germany, which joined in 1955, didn't.

Although Australia, New Zealand, the Philippines and Thailand supplied troops, Japan didn't.

The war proscriptions were abandoned by two of the three nations, Germany and Italy, in NATO's war against Yugoslavia in early 1999. Both countries supplied military aircraft for the 78-day air war and the U.S. and NATO air base at Aviano served as the main hub for daily bombing runs against military targets, non-military infrastructure and civilians. U.S., British, Canadian, Spanish, Portuguese and other warplanes operated out of the base.

The semantic acrobatics of the current Italian Foreign Minister Frattini in attempting to deny that war is war have already been examined, and comparable statements by German and Italian cabinet ministers and parliamentarians in 1999 were no less convoluted and transparently false. Germany and Italy had gone to war against a nation (with no troops outside its own borders) for the first time since the days of Hitler and Mussolini and, moreover, against a nation that the two fascist leaders had attacked 59 years earlier.

The post-World War II, post-Nuremberg restriction against military aggression by the defeated Axis powers was violated and for the past decade Germany, Italy and Japan have continued asserting themselves as military powers on a regional and international scale, culminating in the three nations participating in various degrees in the U.S.-NATO war in Afghanistan currently.

Germany now has the maximum amount of troops parliamentary limitations - at least for the time being - allow: 4,500 and another 300 manning NATO AWACS recently deployed for the escalation of the war. It has the fourth largest contingent in Afghanistan after the U.S., Britain and Canada.

Italy has the sixth largest amount of troops, 3,250, in command of Western Afghanistan near the Iranian border, and just as the 1999 war against Yugoslavia was the first air war either nation had engaged in since World War II, so Afghanistan is the first ground war.

Germany has lost 38 soldiers so far and Italy 15.

A poll conducted by a major Italian daily in late July showed that 56% of Italians want a withdrawal of their nation's troops from the Afghan war theater, but Prime Minister Silvio Berlusconi, Foreign Minister Frattini and Defense Minister La Russa insist they will stay and have recently added 500 more troops and committed to deploying more Predator drones, Tornado warplanes and military helicopters.

Late last month defense chief La Russa said, "It is possible we will also increase the number of helicopters to have better aerial coverage, as well as deploying our Tornados offensively." [3]

At the same time Foreign Minister Frattini spoke in a similar vein: "We will increase the use of Predator (unmanned surveillance aircraft) and Tornado (fighters), not just for reconnaissance but for real coverage (of troops)."

An Italian news account at the time added, "He also said Italy would reinforce the armour of its Lince troop carriers and send new generation armoured vehicles." [4]

Five previous articles in this series have documented Germany's rise as a post-Cold War global military power [5,6,7,8,9], including the ongoing transformation of the Bundeswehr into an "international intervention force," [10] and the Merkel administration's policy "to drop some of [Germany's] post-World War II inhibitions about robust security measures, including the use of military force abroad and at home" [11] and a 2006 German Defense Ministry White Paper demanding that the army "be thoroughly restructured into an intervention force" [12], with one of its authors stating "it is time that Germany moved on from its postwar inhibitions about force." [13]

On August 8, weeks after "German troops embarked on their largest military offensive since World War II in Kunduz," it was reported that "German Defence Minister Franz Josef Jung said in a newspaper interview...that the country's armed forces could be in Afghanistan for up to 10 more years." [14]

That the German government is openly advocating the use of its army at home as well as abroad, and did just that by deploying Bundeswehr forces in Kehl this April against anti-NATO protesters during the 60th anniversary Alliance summit, was dangerous ground first trod by the Berlusconi government in Italy a year ago when 3,000 troops were deployed in Rome, Milan, Naples and Turin against immigrants and Roma (gypsy) communities as well as - allegedly at least - crime syndicates.

The use of the military for domestic purposes is a disturbingly reminiscent of practices not seen in Italy and Germany since the era of Mussolini and Hitler.

Two months afterwards it was reported in an article called "NATO pours rent money into Mafia coffers" that in Naples, where NATO's Allied Joint Force Command Naples was established in 2004, "government funding earmarked to support NATO end[ed] up in the pockets of Italy's most violent criminal organisation." [15]

Another news story last November recounted this:

"The head of Naples' anti-mafia task force, Franco Roberti, censured NATO and U.S. officials for knowingly leasing houses to suspected mob bosses in a story published in the Italian daily Corriere della Sera. Rent paid by Americans and NATO personnel garner landlords between 1,500 and 3,000 euros a month — fees that can be two or three times above the market value." [16]

Italian troops were back on the streets of the nation's cities and the Casalese camorra was not only unmolested but enriched.

Last year Berlusconi also confirmed that the plans reached during his previous tenure as prime minister to expand the U.S. Camp Ederle at Vicenza with the nearby Dal Molin airport into "the biggest American military base outside the US" [17] would continue apace. Camp Ederle already hosts 6,000 U.S. troops and will soon house all six battalions of the 173rd Airborne Brigade Combat Team, some currently in Germany. The 173rd Airborne Brigade Combat Team has been deployed to Iraq and Afghanistan in recent years.

Late last July U.S. troops from the Vicenza-based Southern European Task Force (Airborne) contributed to a force of 1,000 soldiers deployed to Georgia for the NATO Immediate Response 2008 exercises - the largest number of American troops deployed to the Cauca-

sus nation at one time - to train the armed forces of their host nation for a war with Russia that would ensue within days.

"U.S. personnel responsible for training members of the Georgian military remain stationed inside the volatile country, where fighting erupted Friday [August 8] between Russia and Georgia over the breakaway province of South Ossetia.

"The U.S. European Command said on Monday that there were no plans at this time to withdraw the U.S. military trainers from the country." [18]

In January of 2008 the Italian government announced that it was building a highway to connect Vicenza with the Aviano air base. "Airborne soldiers based at Caserma Ederle in Vicenza use Aviano for training and for hooking up with planes for long deployments: The 173rd Airborne Brigade's last three deployments downrange have all involved launches from Aviano." [19]

Decades-long interpretations of the Japanese Constitution's Article 9 against remilitarization have agreed that the nation could not rearm for military actions abroad and could not engage in what is euphemistically called collective self-defense. The first is a self-evident prohibition against deploying troops, warships and warplanes outside of Japanese territory and waters to participate in armed hostilities.

The second is a ban on entering into bilateral and multilateral military treaties and alliances that obligate Japan to aid other nations engaged in war and join programs like the U.S.-led global missile shield project.

Over the past eight years successive Japanese governments have violated both components of the constitutional ban on stationing troops in conflict zones and on entering into joint defense arrangements which are in truth only partially defensive in nature.

Tokyo first tested the waters on stationing troops abroad when it deployed 600 soldiers to East Timor in 2002 to join those from Australia, Argentina, Bangladesh, Brazil, Britain, Canada, China, Fiji, Finland, France, Italy, Japan, Malaysia, New Zealand, Norway, Pakistan, the Philippines, Portugal, Singapore, South Korea, Sweden, Thailand and the United States.

The following December the government of Prime Minister Junichiro Koizumi authorized 600 soldiers and hundreds of more support personnel to be sent to Iraq nine months after the invasion of the country by the U.S. and Britain.

The Iraqi deployment marked the first time that Japanese military forces were sent to an active war zone since World War II.

Much as with Italian and German leaders who cannot pronounce the word war even while prosecuting one, Tokyo called its deployment force the Japanese Iraq Reconstruction and Support Group. The name aside, Japanese troops were stationed in support of allies who had invaded Iraq in violation of international law and without United Nations sanction and were at the time conducting large-scale combat operations. The nation's soldiers remained there until 2006 when the focus of the U.S. and its NATO allies started shifting back to Afghanistan.

In 2006 Japan compensated for its troop withdrawal by providing the occupation forces airlift operations in Iraq, then ended that mission last December when the Afghan War emerged as the uncontested priority of its Western military allies.

Japan has supported the latter war from its inception and "Despite its pacifist constitution, Japan has participated in an Indian Ocean naval mission since 2001 that provides fuel and other logistical support to the US-led coalition fighting in Afghanistan." [20] It provided the majority of fuel to U.S. and NATO warships in the Indian Ocean, including those firing Tomahawk cruise missiles into Afghanistan. Japan briefly withdrew its naval forces at the end of 2007, but redeployed them a year later where they remain in support of the world's major war.

What is remarkably still referred to as pacifist Japan, then, has actively supported the West's last two wars.

In an interview last month with the U.S. Armed Forces newspaper Stars and Stripes Japanese Democratic Party Diet member Keiichiro Asao, touted to become the nation's next defense minister should his party, substantially ahead in current national polls, win the next election, spoke of the Afghan War and said "If peace talks proved successful in part of Afghanistan, even if other areas were still combat zones, 'then we might send ground troops to that area to help build back civil society.'" [21]

Troops on the ground in the world's preeminent theater of war would strip away the remaining vestiges of Japan's post-World War II demilitarization and the nation would fully join the ranks of Germany and Italy as war belligerents.

And just that has been planned for years, as in January of 2007 the Japan Defense Agency was transformed into the Ministry of Defense, a ministry that hadn't existed since the nation's defeat in World War II.

In the same month it was reported that then Prime Minister Shinzo Abe and Defense Minister Fumio Kyuma were "considering authorizing [Japan's] troops to launch pre-emptive strikes during international peacekeeping operations" and planned "to study ways to ease the constitutional ban on Japan to use force to defend its allies in so-called 'acts of collective self-defense.'

"The government plans to achieve the goal by changing the interpretation of the constitution," stated the Yomiuri daily newspaper. [22]

Three months later a report titled "Japan To Consider Fighting for Allies Under Attack" detailed that "Prime Minister Shinzo Abe is leaning toward allowing Japan to exercise the right to collective self-defense in four cases," which include "the use of Japan's missile defense system against a ballistic missile attack on an allied country, such as the U.S.," the Kyodo News Agency revealed. [23]

The other three instances in which Tokyo would be prepared to violate the constitutional ban against so-called collective defense are cases of "a counterattack when a warship sailing along with a Japanese vessel comes under attack, or when a military unit in a multinational forces is attacked, and in some situations when Japan is working as part of a UN peacekeeping operation." [24]

It's worth recalling that Prime Minister Abe continued the tradition of his predecessor Koizumi in paying annual visits to the Yasukuni shrine where Japanese war dead including 14 convicted World War II era war criminals are buried.

"It's not appropriate for the government to specifically draw a conclusion' on the war responsibility of the war criminals," Abe told the Japanese Diet on October 3, 2006. [25]

The visits by Japanese prime ministers to the shrine from 2001-2006 outraged China, the two Koreas, Thailand, the Philippines and other nations that had already "specifically draw[n] a conclusion" about the war crimes perpetrated against their countries and peoples and the rehabilitation of the guilty parties in a bid to revive Japanese militarism.

The most dangerous application of Japanese plans for preemptive military attacks and the first of the four scenarios laid out by the government in 2007 to justify joint military action is that pertaining to so-called missile defense, which in fact is incorporating Japan into a US-led global interceptor missile grid which includes land, air and sea components and which will be integrated with the deployment of surveillance satellites and missiles in space.

On August 11 the commander of the Russian Air Force, Col. Gen. Alexander Zelin, warned that "By 2030...foreign countries, particularly the United States, will be able to deliver coordinated high-precision strikes from air and space against any target on the whole territory of Russia." [26]

The following day Chinese Foreign Minister Yang Jiechi addressed the 65-nation Conference on Disarmament in Geneva and warned against an "arms race in outer space," stating that "Outer space is now facing the looming danger of weaponization" and "Countries should neither develop missile defense systems that undermine global strategic stability nor deploy weapons in outer space." [27]

In 2005 the U.S. and Japan agreed to establish a missile defense facility at the American Yokota Air Base in western Tokyo. A local news source, Kyodo, said of the project that "Japan's success will have an impact on the nuclear potential of China and Russia in East Asia. There is no doubt that the two countries will step up their efforts to develop missiles with a higher performance." [28]

In May of 2007 Pentagon chief Robert Gates "urged Japan to declare the right to collective defense so its missile defense shield can be used to intercept North Korean ballistic missiles targeted at the United States...." [29]

North Korea is the pretext employed to expand the global missile shield system with its threat of nuclear blackmail and threat of a first strike against Russia and China to the East. However, as reported of the Gates' initiative at the time, "The U.S. demand on collective defense reflects its strategy to boost its deterrence toward China and also carries Washington's hope that Prime Minister Shinzo Abe will partially allow the use of such a right by revising the Constitution." [30]

In the same month, May of 2007, it was revealed that "Japan's defense ministry has been providing U.S. forces with intelligence gathered by its Air Self-Defense Force's early warning radar network since late April" and that "The ministry began permanent linking of the ASDF's intelligence gathering network with the headquarters of the U.S. 5th Air Force at Yokota Air Base in Tokyo before the two countries agreed to boost information-sharing for missile defense at a top security meeting in Washington on May 1...." [31]

Two years ago the ruling Liberal Party completed post-Cold War plans to reverse the situation where "Japan's pacifist Constitution bans warfare and overseas military action. The Japanese government's current interpretation is that the Constitution prohibits Japan from exercising the right to defend an ally under attack" [32]. That is, Article 9 will be either eviscerated of any real force or scrapped altogether.

As Japan intensifies its demand that Russia's Kuril Islands be ceded to it in a resurgence

of post-World War II revanchism, Tokyo has joined its former allies in Berlin and Rome in casting off constraints placed on the use of its military abroad, including in "preemptive" actions, imposed on it after World War II.

With the collapse of the socialist bloc in Eastern Europe a generation ago and with NATO moving it to take over former Warsaw Pact territory, many demons that had lain dormant for decades have been awakened from their slumber, including unabashed militarism, irredentist and other demands to redraw borders, and World War II revisionism and revanchism. And Fascism.

In February of 2007 the Bucharest Court of Appeal in Romania, which joined the German-Italian-Japanese Axis during World War II, ruled that the participation of 800,000 Romanian troops in Hitler's invasion of the Soviet Union in 1941 was a "war for the liberation of Bessarabia and Bucovina" (modern day Moldova). [33]

In late July of this year the mayor of the Romanian city of Constanta, Radu Mazare, wore a Nazi military uniform at a fashion show in the city and said "I wanted to dress like a general from the Wehrmacht because I have always liked this uniform, and have admired the strict organization of the German army." [34]

Two years earlier Rein Lang, the Justice Minister of Estonia, a member in good standing of NATO and the European Union, celebrated his fiftieth birthday in pub in a "Hitler night" celebration which included a one-man play called Adolf in which the lone actor recited "Hitler's monologue before [his] suicide with a swastika in the background. In this monologue the Fuhrer called on his allies to 'further promote ideas of the Third Reich.'" [35]

This July 26 veterans of the Estonian SS 20th Division celebrated a 1944 battle with the Soviet army in the latest of a series of annual commemorations of the Nazi past. The events included a march and "Supporters of fascism from the Baltic states, Holland, Norway, Denmark and even from Georgia took part in the parade." [36]

As a Russian commentator said of trends in the country, "People who make no attempt to conceal their appreciation of Nazism and Nazi ideology are running Estonia." [37]

Three months before 300 Latvians marched in the annual Legionnaires Day parade which honors the nation's Waffen SS veterans who "took part in punitive operations and mass killings of Jews, Belorussians and Latvians." [38] Latvia is also a member of NATO and the EU. The yearly marches are staged in the capital of Riga and although not endorsed by the government the latter provides police protection to the Nazi sympathizers and has arrested anti-fascist protesters in the past.

The prototype for this fascist resurgence was Croatia in 1991 with the rehabilitation and glorification of the Nazi-allied Ustashe and the new brown plague has even spread to Ukraine, where last year President Victor Yushchenko, product of the 2004 "Orange Revolution" and a U.S. client whose poll ratings recently have sunk to under 1%, "conferred posthumously the title of Hero of Ukraine on Roman Shukhevich, one of the chieftains of Ukrainian Insurgent Army, which fought along with the Third Reich, and has signed a decree on celebrating the day of the Insurgent Army's formation." [39]

In his waning days Yushchenko is intensifying efforts to drag his nation into NATO despite overwhelming popular opposition and has officiated over developments like the erection of statues in honor of Stepan Bandera, leader of the Ukrainian Insurgent Army.

With the return of Germany, Italy and Japan to waging and supporting wars and the revival of Nazi sentiments in Europe a student of the future could be forgiven for thinking that the Axis powers were the victors and not the losers of World War II and that the Nuremberg trials had never occurred.

- 1) Deutsche Presse-Agentur, August 10, 2009
- 2) Associated Press, August 11, 2009
- 3) Defense News, July 22, 2009
- 4) Reuters, July 26, 2009
- 5) New NATO: Germany Returns To World Military Stage
<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=14332>
- 6) From WW II To WW III: Global NATO And Remilitarized Germany
<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=14377>
- 7) Germany: First New Post-Cold War World Military Power
<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=14415>
[Correction: 1999 marked NATO's fiftieth anniversary summit]
- 8) Germany And NATO's Nuclear Nexus
<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=14437>
- 9) Germany: World Arms Merchant In First Post-WW II Combat
<http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=14527>
- 10) Der Spiegel, August 10, 2009
- 11) Wall Street Journal, June 11, 2008
- 12) Newsweek, November 13, 2006
- 13) Ibid
- 14) Deutsche Presse-Agentur, August 8, 2009
- 15) Sydney Morning Herald, November 6, 2008
- 16) Stars and Stripes, November 27, 2008
- 17) ANSA (Italy), September 22, 2006
- 18) Stars and Stripes, August 12, 2008
- 19) Stars and Stripes, January 2, 2008
- 20) Agence France-Presse, August 10, 2009
- 21) Stars and Stripes, July 21, 2009
- 22) Associated Press, January 14, 2007
- 23) Agence France-Presse, April 7, 2007
- 24) Ibid
- 25) Japan Times, December 28, 2006
- 26) Russian Information Agency Novosti, August 11, 2009
- 27) Associated Press, August 12, 2009
- 28) Kyodo News, December 21, 2007
- 29) Kyodo News, May 17, 2007
- 30) Ibid
- 31) Xinhua News Agency, May 13, 2007
- 32) Xinhua News Agency, June 30, 2007
- 33) InfoTag (Moldova), February 21, 2007
- 34) Sofia News Agency, July 20, 2009
- 35) Voice of Russia, July 6, 2007
- 36) Voice of Russia, July 27, 2009
- 37) Voice of Russia, July 6, 2007
- 38) Voice of Russia, March 13, 2009
- 39) Voice of Russia, October 25, 2008

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern